

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 21 (1980)  
**Heft:** 5

**Rubrik:** Mitteilungen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Gespräche mit LPG-Bauern

## Marta Stein berichtet über einen Verwandtenbesuch in der DDR

Mein Reiseziel ist eine LPG im Bezirk Magdeburg, wo mein Vetter Brigadier ist. Seit meinem letzten Besuch hat sich viel verändert. Aus der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) Typ I ist eine vom Typ III geworden. Der «Fortschritt» liess sich nicht länger aufhalten. Das Vieh, das noch vor vier Jahren meinem Vetter gehörte, gehört nun der LPG bzw. der Kooperation (zusammengefasste LPG), also allen gemeinsam ohne eigenes Verfügungsrecht. In dem zum Aussterben verurteilten Typ I wurde nur das Land gemeinsam bewirtschaftet. Mein Vetter musste das Futter für seine Tiere von der LPG kaufen. Der Uebergang vom Typ I zum Typ III geschah ebenso «freiwillig» wie der Zusammenschluss der Bauern zu Produktionsgenossenschaften. Typ I bekamen weder Maschinen noch Ersatzteile, noch Kunstdünger mehr geliefert, und ihre kaputten Landmaschinen wurden in den Landtechnik-Stationen nicht mehr repariert.

Die Frau meines Veters arbeitete in einer Konsum-Verkaufsstelle der nahen Kreisstadt, die Nachbarin beim Rat der Stadt.

### Schön ist so ein Ringenspiel

Mein Vetter verdient im Monat durchschnittlich 700 bis 800 Mark. Der Verdienst ist je nach Bodenqualität von LPG zu LPG verschieden. Auch die Entlohnung der Viehpfleger. Hier werden sie nach der Milchleistung der von ihnen betreuten Kühe bezahlt. Für einen Liter erhalten sie 13 Pfennige. Das Einkommen schwankt zwischen 400 und 600 Mark monatlich. Anderswo erhalten sie Stundenlohn; in der Nachbar-LPG 3,50 Mark. Die Entlohnung aller LPG-Mitglieder — ausser dem Vorsitzenden — erfolgt nach Arbeitseinheiten (AE). Eine AE sind acht Arbeitsstunden. «Von uns Brigadiern», sagt mein Vetter, «werden ebenso wie von den Viehpflägern und den übrigen Mitgliedern das ganze Jahr über 10 Prozent des Lohnes einbehalten. Falls etwas davon übrigbleibt, wird es am Jahresende ausbezahlt.»

Wir gehen früh zu Bett, weil mein Vetter am nächsten Morgen kurz nach vier Uhr aufstehen und das Silofutter für die einzelnen LPG-Ställe verteilen muss. Später, beim Frühstück, klagt er sein Leid: «In der Kooperation wird stur ein Turm nach dem andern leergemacht. Sie sind im Umkreis von 34 Kilometern verteilt. Im Frühjahr und Sommer ist es mit dem Grünfutter dasselbe. Wir haben mehrere über die ganze Kooperation verteilte Futterschläge, die ebenso stur einer nach dem andern abgemäht werden müssen. Ich habe schon vor Jahren den Vorschlag gemacht, dass jede LPG in der Kooperation ihr Futter vor der eigenen Haustür anbauen soll. Aber da ist nichts zu wollen. Plan ist Plan. Also wird täglich das Futter bis zu 30 Kilometer weit herumgefahren. Auf diese Weise verträdeln wir täglich zwei bis vier Stunden Zeit, von den Benzinkosten ganz zu schweigen. Bei so einer ver-

damnten Wirtschaft können wir nie auf einen grünen Zweig kommen. Während des kalten Winters war den Fahrern das Silofutter auf den offenen Wagen gefroren und musste in den Ställen erst wieder aufgetaut werden.»

### Auf die Gnade der Mitglieder angewiesen

Am Abend kommen Gäste: Genossenschaftsbauern und ein paar Arbeiter der VEB (volkseigene Betriebe) der Kreisstadt. Die Fensterläden werden geschlossen, nach einem Gang ums Haus die Tür verriegelt. Der Opa fragt schmunzelnd: «Kannste nicht verstehen, was? Aber es gibt immer gute Freunde, die sich auf dem Kreis dicke tun wollen und einen verklängeln, damit sie bei der nächsten Postenverteilung mit dabei sind.»

Dann reden sie sich ihre Probleme vom Herzen.

## Polnische Telefonprobleme

In Polen sind zurzeit etwa 1 700 000 Telefonanschlüsse installiert. Davon werden etwa 650 000 Anschlüsse von der Partei- und Staatsbürokratie beansprucht, so dass für die Bevölkerung etwa eine Million zur Verfügung stehen. Das ergibt ungefähr drei Telefonanschlüsse für hundert Einwohner (Schweiz sechzig Anschlüsse für hundert Einwohner). Es ist somit nicht erstaunlich, dass sehr viele Begehren für einen Telefonanschluss vorliegen.

Auf den Wartelisten sind zurzeit mehr als eine Million Interessenten verzeichnet. Ungeachtet dieser ungeheuren Nachfrage konnten die Planungsbehörden gesamtpolnisch für dieses Jahr nur 72 000 neue Anschlüsse vorsehen; ob diese wirklich bereitgestellt werden können, ist eine andere Frage.

Die bisherigen Erfahrungen sind nicht ermutigend. So hätten in Warschau von 1971 bis 1977 zwölf neue Telefonzentralen und ein Telefonverwaltungsgebäude errichtet werden sollen. Von diesen Bauvorhaben ist in der angegebenen Periode kein einziges auch nur angefangen worden. Erst 1978 wurden fünf dieser Zentralen und das Verwaltungsgebäude in Angriff genommen. Nach zwei Jahren, anfangs 1980, waren von den fünf Zentralen zwei im Rohbau fertig, eine war bis zum Erdgeschoss gediehen, und bei zweien waren die Arbeiten nach dem Aushub der Baugrube steckengeblieben.

Für das Verwaltungsgebäude, das in Elementbauweise geplant war, sind anfangs 1978 die Fertigteile aus der DDR eingeführt worden. Diese liegen seither unter offenem Himmel auf dem

Ein Genossenschaftsbauer sagt: «Im Sommer gibt es oft wochenlang pro männliche Person nur eine Flasche Bier täglich, weil die Brauereien nicht nachkommen. Der Konsum wird alle zehn Tage mit Bier und Sprudel beliefert. Jeweils am dritten Tag ist dann regelmässig alles ausverkauft. Und Honig gibt es in Gegenden mit landwirtschaftlicher Nutzfläche schon nicht mehr, weil die Bienenvölker durch die aus Flugzeugen versprühten Insektenvertilgungsmittel kaputtgehen. Unsere Landschaft ist auch kaum wiederzuerkennen. Alles, was den Traktoren im Weg ist, wird abgeholzt. Die Vögel finden kaum noch Brutplätze.»

Ein anderer fährt fort: «Auf dem 9. Parteitag haben sie endlich den Mindestlohn von 300 Mark monatlich in den LPGs garantiert. Die LPG, in die eure Westdelegationen geführt werden, sind nämlich einsame Ausnahme. Natürlich können wir das euren Journalisten nicht sagen, weil bei den offiziellen Interviews immer jemand vom Kreis und vom Stasi (Staatssicherheitsdienst) dabei ist.»

«Deshalb sind wir offiziell immer zufrieden, es geht uns gut und jeder hat sein Bankkonto», fährt einer aus dem Vorstand fort. «Uebrigens ist ein Arbeitsplatzwechsel innerhalb der LPG so gut wie unmöglich. Will ein Genossenschaftsbauer in einem anderen Bezirk arbeiten und

Baugelände, wo sie in Nässe und Frost langsam verderben. Weiter ist an diesem Vorhaben nichts unternommen worden. Sofern die Arbeiten an den fünf Zentralen planmässiger als bisher fortgeführt werden, würden in Warschau anfangs 1983 im günstigsten Fall 37 000 neue Telefonanschlüsse zur Verfügung stehen. Von den 150 000 Warschauern auf der Warteliste kann also nur jeder vierte auf einen Anschluss in absehbarer Zeit hoffen.

Bei einer solchen Sachlage ist es nicht erstaunlich, dass der Ministerpräsident am 6. August 1979 angeordnet hat, dass von den 650 000 Telefonanschlüssen der Bürokratie 50 000 für private Interessenten freigemacht werden sollen. Die Durchführung dieser Anordnung ist aber nicht einfach, weil kaum eine Verwaltung auf Telefonanschlüsse verzichten will. Das könnte ja dahin interpretiert werden, dass sich die betreffende Verwaltung über ihre Bedürfnisse aufgebläht hat und dass dort weniger gearbeitet wird, als behauptet worden ist. Zudem gibt es die allgemeine Grundhaltung, die sich infolge der permanenten Mangelerscheinungen in der Planwirtschaft eingebürgert hat und die dahingeht, alles zu nehmen und zu behalten, was man bekommen kann und das man irgendeinmal brauchen könnte (und wäre es nur zum Tauschen oder Kompensieren).

Wie schwierig die Verwirklichung der Anordnung des Ministerpräsidenten ist, hat eine Umfrage bei den Wojewodschafts-Telefondirektionen ergeben. Diese können bei einem Soll, das jeweils in der Grössenordnung von tausend bis zweitausend liegt, nur einige wenige Anschlüsse «ohne Schwierigkeiten»; d. h. ohne ausführlichen Briefwechsel, freibekommen. Die meisten Verwaltungen wehren sich heftig gegen die Freigabe und ziehen die Angelegenheit bis in die Ministerien weiter, wo dann auf Stufe Ministerrat entschieden wird. VP

stellt keinen gleichwertigen Ersatzmann, dann kann er zwar gehen, weil das Recht des freien Arbeitsplatzwechsels gewahrt bleiben muss, aber kein anderer Betrieb stellt ihn mehr ein. Da er keine Arbeitslosenunterstützung erhält, bleibt ihm nichts übrig, als öffentlich Selbstkritik zu üben, um in seiner angestammten LPG wieder eingestellt zu werden. Nur der Tod oder eine schwere Krankheit entbindet das Genossenschaftsmitglied von seinem Arbeitsverhältnis. So bald Krebs, Herzinfarkt oder eine andere schwere Erkrankung vorliegt, müssen alle LPG-Mitglieder erst ihr Jawort geben, ehe das betreffende Mitglied in die Rente entlassen werden kann, sofern es sich noch nicht im Rentenalter befindet.»

Der Nachbar berichtet: «Nach der einmal im Jahr stattfindenden Mitgliederversammlung werden, so weit Geld in der LPG-Kasse vorhanden ist, die von den Bauern in die LPG eingebrachten Bodenanteile ausbezahlt, bei 20 ha unter 500 Mark für das ganze Jahr. Aber für ihre leerstehenden, nicht mehr genutzten Gebäude müssen die früheren Einzelbauern weiterhin Brandkasse und Grundsteuer bezahlen. Letzteres auch für ihre Felder, über die sie kein Nutzungs- und Verfügungsrecht mehr besitzen. Und für den Wegebau fühlt sich niemand verantwortlich. Unsere Feldwege sind schon dreimal so breit wie früher. Die Instandhaltungsarbeiten schiebt eine LPG auf die andere ab. Früher wichen die Bauern einander auf dem Acker aus oder warteten an der Strasse, bis der Weg frei war. Heute hat das niemand mehr nötig. Der Acker gehört allen und deshalb niemand, nur die LPG hat darauf ein juristisch verbrieftes Verfügungsrecht. Die Traktoristen haben der Einfachheit halber rechts und links davon eine breite Wegspur gefahren. Die Unordnung ist sagenhaft.»

**Der unsagbare Traktor der «Russen»**

«Zu allem Ueberfluss», fällt ein anderer LPG-Bauer ein, «müssen wir hauptsächlich mit russischen Traktoren arbeiten, die gross und schwer sind, viel Sprit verbrauchen und durch ihre breiten Reifen die Felder glattwalzen, so dass hinterher jedesmal die Spuren durch Hacken von Hand wieder aufgelockert werden müssen. Sagen darf man nichts, weil alles, was unsere sowjetischen Freunde herstellen, über jede Kritik erhaben ist, wenn man nicht als Imperialistenknecht und Feind unserer Arbeiter- und Bauernregierung abgestempelt werden will.»

**Das Essen**

Das Gespräch kommt auf die Versorgung mit Nahrungsmitteln. Sie sind unzufrieden, weil das Angebot von Jahr zu Jahr schmaler wird und auch die Qualität zu wünschen übrig lässt. Die Frau meines Veters erzählt: «Unser Opa hat Schwierigkeiten mit dem Magen, deshalb muss er morgens auf ärztlichen Rat Haferflockensuppe essen. Das Lamento jeden Morgen. 'Schweinefrass' war noch der sanfteste Ausdruck. Wir vermuteten die Ursache seines Aergers in seinem Dickkopf, bis ich eines Tages, als ich hungrig heimkam und den übriggebliebenen Rest aufass, eines Besseren belehrt wurde. Er schmeckte bitter. Jeden Tag habe ich eine neue Tüte aus verschiedenen Konsum- und HO-Verkaufsstellen gekauft. Nach 14 Tagen habe ich es aufgegeben. Sie schmeckten alle bitter. Kein Wunder bei uns. Vergammelt der Hafer nicht auf den Feldern, dann eben bei der Lagerung.» ■

**Das Dokument**

**Wärter im Innendienst — Henker im Aussendienst**

**Die Arbeitsteilung der Sowjetpolitik**

**International gibt es die «Eskalation» nicht. Es gibt eine Steigerung der sowjetischen Aggressionen (die den sogenannten «Nord-Süd-Konflikt» schon total überlagern), und es gibt einen etwas grösser gewordenen Unmut des Westens in seinem Rückzug.**

**Dagegen gibt es die gegenseitige Steigerung, die Eskalation also, gewissermassen in der Ergänzung sowjetischer Verhaltensweisen. Repression im Innern und Expansion nach aussen treiben einander an.**

**Den Zusammenhang zwischen Eroberung und Unterdrückung betont auf seine Weise Michail Martschenko (siehe S. 2). Auf ihre Weise sehen und erfahren ihn wiederum die Dissidenten in der UdSSR selbst. Der nachfolgende «Appell aus Leningrad», veröffentlicht in «Russkaja Mysl» (Paris, 29. 2. 80), zieht eine düstere Bilanz.**

Es ist bestens bekannt, dass die Massenmedien in der UdSSR — sie befinden sich in den Händen des Staates und werden von der KPdSU kontrolliert — keine Gelegenheit zur Kritik an der Aussen- und Innenpolitik bieten, weshalb die öffentliche Meinung der Möglichkeit beraubt ist, lebenswichtige soziale, geistige und politische Fragen von verschiedenen Seiten umfassend zu diskutieren. Dennoch ist die Menschen- und Bürgerrechtsbewegung seit Jahren aktiv, ebenso die Gruppen zur Ueberwachung der Einhaltung der Helsinki-Abkommen; das religiöse Bewusstsein und die Tätigkeit der religiösen Gruppen und Seminare wachsen; es wurden vom Partei- und Staatsapparat unabhängige Gewerkschaftsvereinigungen gegründet; in Leningrad erscheint eine inoffizielle Zeitschrift über Frauenprobleme; schliesslich hat sich auch eine Bewegung zur Verteidigung der Rechte der Invaliden formiert (...).

Statt eines breiten Meinungsaustausches und einer Erörterung so essentieller Probleme wie die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums oder die Krisenlage in der Landwirtschaft haben die Behörden den Weg einer akuten Verschärfung der Dissidentenverfolgung im Lande und der direkten militärischen Expansion gegen aussen beschritten.

Das Eindringen sowjetischer Truppen in Afghanistan und die Besetzung dieses Landes ungeachtet des breiten internationalen Protestes sowie der Sanktionen einer Reihe westlicher Regierungen und der Verurteilung in der UNO bestätigt, dass man in den internationalen Angelegenheiten auf Stärke setzt und dass die Machthaber bereit sind, die ebenfalls von ihnen verfolgte Entspannungspolitik zu handhaben, wie es ihnen gerade einfällt.

Eine derartige Entspannungspolitik von der Position der Stärke kann jedoch nur zu einem Weltkrieg führen. Eng mit dieser Politik verbunden sind auch die inneren Repressionen.

Es kann hier nicht von allen Verhaftungen, Haussuchungen und aussergewöhnlichen Repressionsakten gegen Vertreter der demokratischen und religiösen Bewegung die Rede sein, die in jüngster Zeit in unserem Lande erfolgt sind. Am empörendsten ist die Verhaftung des herausragenden orthodoxen Predigers und Humanisten, des Priesters Dmitrij Dudko, am 15. Januar 1980. Diese Verhaftung zeigt ebenso wie die Verhaftungen des religiösen Schriftstellers Lew Regelson und des Priesters Gleb Jakunin im Dezember (...), dass (...) überhaupt die breite Diskussion der geistigen Probleme des modernen Lebens von den Behörden de facto als staatsfeindliche Tätigkeit betrachtet wird. Die Verfolgung rein religiöser Aktiver in der Person so hervorragender Vertreter wie Vater Dmitrij Dudko belegt den Totalangriff der Machthaber gegen die demokratische Bewegungen (...).

Wir schliessen uns der Stimme der Weltmeinung an mit der Forderung nach sofortigem Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan und wenden uns an alle internationalen gesellschaftlichen Organisationen, an Parlamentarier und Regierungen der Länder des Westens, an die UNO-Menschenrechtskommission, mit dem Aufruf, die sofortige Befreiung von Vater Dmitrij Dudko, Vater Gleb Jakunin, Lew Regelson, Wladimir Poresch, Alexander Ogorodnikow und der anderen Gewissensgefangenen in der UdSSR zu fordern.

*Leningrader Wissenschaftler: A. Alexandrow, A. Nikolajew, G. Fjodorow, Ju. Michailow, E. Majsing, W. Wassiljew.*

*Aktive der religiösen Bewegung: Tatjana Goritschewa, Jewgenij Pasuchin, Nikolaj Simakow, Margarita Kunina, Wladimir Weretennikow, Galina Grigorjewa, Ljudmila Dmitriewa, Viktor Dmitriew.*

*Samisdat-Zeitschriftenredaktoren: Viktor Kriwulin («37»), Natalja Malachowskaja und Julija Wosnessenskaja («Frau und Russland»).*

**ZEITBILD** erscheint alle zwei Wochen

Redaktion – Administration – Anzeigenverwaltung  
 Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6  
 Tel. 031 43 12 12. Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

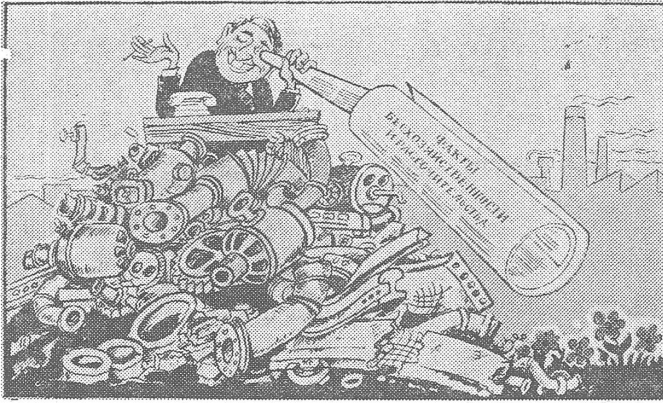
Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

**Verantwortlicher Herausgeber und Verlag**  
 Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)  
 Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

**Redaktion**  
 Peter Sager, Christian Brügger

**Administration und Anzeigenverwaltung**  
 Peter Dolder

**Abonnementspreise**  
 Fr. 34.- jährlich (Ausland Fr./DM 37.-)  
 Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-  
 (Ausland Fr./DM 23.-)  
 Halbjahr Fr. 18.- (Ausland Fr./DM 20.-)  
 Einzelnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1,50)



Durch den Bericht «Fakten über Misswirtschaft und Verschwendung» hindurch betrachtet. Der Direktor: «Man beschuldigt mich der Misswirtschaft. Und dabei sehe ich (am produzierten Ausschuss vorbei), dass bei uns sogar Blümchen wachsen.» (Nr. 4/80)

# Beschwerden und Massnahmen

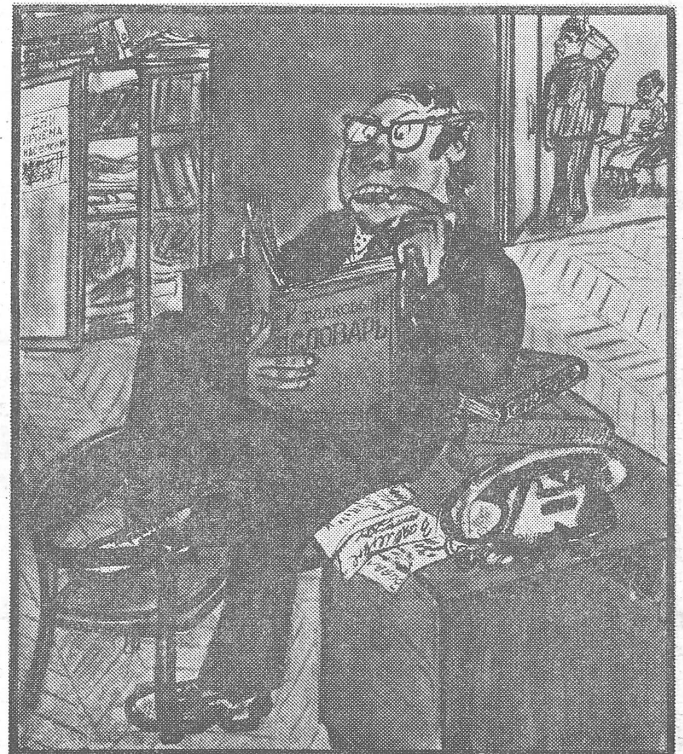
Karikaturen aus «Krokodil», Moskau



Erst die Belehrung (links oben): «Manchmal wird die Lösung einfachster Fragen durch umständliche, sinnlose Massnahmen kompliziert.» Und dann der Witz: «Um die Fuhr vom Fleck zu kriegen, haben wir unsere Kräfte verdoppelt.» (Nr. 4/80)



Wer zuständigenorts Reklamationen vorbringt, auf Misstände und Unge- setzlichkeiten hinweist, erhält nach (angeblich) abgeschlossener Unter- suchung ein Formular: «Die Tatsachen haben sich bestätigt; die erforder- lichen Massnahmen sind getroffen worden.» Und im Büro sieht das dann so aus: «So, jetzt reichen die Formulare wieder für eine Zeit.» (Nr. 4/80)



Am Tage, an welchem man im Amt die Beschwerden aus dem Publikum an- hört: «Taktgefühl, haben sie mir gesagt, soll ich zeigen. Taktgefühl... mal im Wörterbuch nachschlagen, was das ist...» (Nr. 5/80)